

TERRORISMUS: CHINA GEHT PRONONCIERT AUF DISTANZ,

JAPAN ERLEBT KONTROVERSE ÜBER NACHGIEBIGKEIT NACH FLUGZEUGGEISELNAHME

Helmut Martin/Manfred Pohl

Stadtguerilla-Aktionen vom Typ der Schleyer-Entführung und der Lufthansa-Kaperung, die mit der gewaltsamen Geiselnbefreiung in Mogadischu endeten, haben heftige Reaktionen auch in Asien ausgelöst. Besonders in Peking und in Tokio hat das Terrorismus-Problem letztlich die jeweiligen Regierungen zum Überdenken der eigenen Haltung nach Diskussion der Flugzeuggeiselnahme in der Bundesrepublik und in Japan gezwungen. Die wesentlichsten Aspekte der Problematik, in ihrer Gewichtung bisher allerdings ungleich auf die Schultern Pekings und Tokios verteilt, seien hier kurz aufgeführt.

Wenn man von Chinas überregionalen Zeitungen wie der Volkszeitung oder der Kuangming-Tageszeitung ausgeht, so würde man eine Veränderung der Berichterstattung bzw. eine Beachtung der Terrorismus-Problematik aus Anlaß des Schleyer-Landshut-Falles wohl kaum verzeichnen können. Es ist in den vergangenen Jahren in noch viel strengere Maße als in der Sowjetunion und in den anderen Staaten des Ostblocks nicht üblich gewesen, überhaupt auf Geiselnahmen und Flugzeugentführungen in Einzelmeldungen einzugehen. Wie sehr sich unter einer solchen abschirmenden Medienpraxis indes die Einstellung der chinesischen Führung verändert hat, zeigt die Hongkonger Takungpao-Tageszeitung, die als Medien-Statthalter Pekings die politischen Standpunkte der Volksrepublik wiedergibt, andererseits sich einen etwas größeren Spielraum erlauben kann und damit in vielen Fällen die Funktion eines vorgeschobenen Experimentierfeldes erfüllt hat. Im Gegensatz zu Chinas offiziellen Zeitungen berichtete nämlich diese offiziöse Hongkonger Tageszeitung in aller Ausführlichkeit über den Ablauf der Terrorismus-Aktionen, die Japan und vor allem die Bundesrepublik betrafen. Aus einer Vielzahl von Präzedenzfällen wissen wir, daß die Berichterstattung dieser Zeitung wiederum in großem Maße in Chinas interne Zeitungen mit Millionen-Auflagen übernommen wird, wie die sogenannten "Informationsnachrichten" (ts'an-k'ao hsiao-hsi) oder die nur oberen Kadern vorbehaltenen voluminösen "Informationsmaterialien" (ts'an-k'ao tzu-liao). Auf diesem Wege, so läßt sich schließen, ist jeder politisch Interessierte in der Volksrepublik also ausführlich über die konkreten Terrorismus-Aktionen informiert worden.

Wie läßt sich aus solcher Berichterstattung nun Pekings Standpunkt zu den aktuellen Terrorismus-Vorfällen wie auch zum Terrorismus allgemein erkennen? Vorweg sei festgehalten, daß weder die Takungpao noch andere chinesische Zeitungen direkt in Form von offiziellen Erklärungen der Regierung bzw. durch Leitartikel oder andere Meinungsartikel Stellung genommen haben. Auch die eigentliche Berichterstattung in der Takungpao bedient sich nicht der Eigenberichte von Hsinhua-Korrespondenten, was theoretisch

durchaus denkbar wäre, sondern es wird ein Konzentrat von Meldungen westlicher Nachrichtenagenturen zusammengestellt (Beispiel: Reuter aus Mogadischu). Aus der politischen Praxis der Volksrepublik wissen wir, daß bereits eine solche Darstellung politischer Zusammenhänge eine indirekte Stellungnahme der Regierung bedeutet, wobei Gewichtung und Auswahl der übernommenen Berichte die Einstellung der Führung in Peking zeigt. Ein Beispiel für eine derartige Berichterstattung der letzten Monate waren ausführliche Übernahmen aus der internationalen Presse, soweit die von Albanien als Angriffsziel ausgewählte Drei-Welten-Theorie Maos bestätigt oder gepriesen wurde.

Wie hat nun Peking den Fall Schleyer und die Entführung der Landshut-Maschine im einzelnen dargestellt (1)? Zunächst ist festzustellen, daß die Berichterstattung ausführlich erfolgte und fast die Hälfte der Seite 2 der Tageszeitung über Tage hinweg gefüllt, weiter durch eine Reihe von Fotos, Flugskizzen etc. ergänzt wurde. Irgendwelche Teilaspekte der Ereignisse waren aus politischen Gründen kaum ausgeklammert. Der allgemein verurteilende Tenor der westlichen Presse, wie Reuter Associated Press oder United Press International, schlugen damit voll durch. Eine weitere von den Chinesen in Perfektion geübte Technik ist der bewußte Einsatz einer wertenden Terminologie. Meinungsäußerungen in Form von wertenden Bezeichnungen (sowjetischer Revisionismus, nicht UdSSR; Viererbande, nicht Gruppe der Vier) mögen hier in Auswahl herausgegriffen werden: Die Terroristen werden kaum mit dem selbst gegebenen Namen, etwa Stadtguerilla oder Rote Armee Fraktion, genannt (2). Statt dessen ist allgemein von Terrorismus (kung-bu-chu-yi) die Rede, ein ebenso negativ besetzter Ausdruck wie im Deutschen. Die Terroristen werden demnach als kung-pu fen-tzu angesprochen, wobei die personalisierende Endpartikel ebenfalls in hohem Maße negativ getönt ist. Ansonsten ist von terroristischer Organisation (kung-pu tsu-chih) die Rede. Häufig gebrauchte Alternativ-Ausdrücke für die Terroristen sind "Extremisten" (chi-tuan chu-yi-che) oder "Linksextremisten". (Hier werden zwei Ausdrücke chi-tsuo-fen-

tzu oder tsuo-yi-fen-tzu verwendet). Ebenfalls schon vom Wort her verurteilend ist ein Ausdruck, der mit "Gewalttäter" übersetzt werden könnte (pao-li fen-tzu). Diese Bezeichnung wurde in der chinesischen Berichterstattung vor allem für die elf freizupressenden, in Gefängnissen einsitzenden Terroristen verwendet, über die es auch im übrigen nur hieß, sie säßen wegen Mord. Schließlich ist von der Baader-Meinhof-Bande die Rede, wobei der gleiche Ausdruck (pang) verwendet wird wie für die sog. Viererbande, d.h. die Radikale Schanghai-Fraktion, gegen die seit nunmehr über einem Jahr eine fulminante Kampagne in der Volksrepublik entfesselt ist. Schleyer, der doch aus chinesischer Sicht abwertend als "Kapitalist" (tzu-pen-chia) bezeichnet werden könnte, wird immer nur neutral Industrieller (kung-yeh-chia) genannt. Ein weiterer Hinweis für Chinas Wertung der Ereignisse mag sein, daß der Selbstmord von drei Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe in keiner Weise angezweifelt wird und man über die These vom Mord im Gefängnis überhaupt nicht berichtet. Hier muß man den erheblichen Unterschied zwischen der K-Gruppen-Berichterstattung z.B. in der Bundesrepublik und dieser offiziellen chinesischen Darstellung beachten. Sowohl die Gruppen auf Peking-Kurs als auch die nun Albanien anhängenden, die neue chinesische Führung als Rechtsputschisten verurteilenden Splittergruppen befinden sich in der Berichterstattung über diesen Teilaspekt in äußerstem Widerspruch zu den analysierten Darstellungen aus chinesischer Feder. Über die Motive des Terrorismus schließlich wird in den chinesischen Quellen kaum etwas gesagt, nur an einer Stelle heißt es, sie sähen sich als Vertreter des internationalen Sozialismus.

Besonders betont werden muß, daß mehrfach im Chinesischen darauf hingewiesen wird, die westdeutschen "Massen" seien erleichtert über den gelungenen Eingriff der GSG 9, bzw. die Massen (ch'ün-chung) seien voller Freude über die Freilassung der Geiseln. Wer aus der chinesischen Presse weiß, daß die Zustimmung der "Massen" die nicht weiter hinterfragbare Legitimierung allen politischen Handelns ist und sein muß, der wird dies als eine eindeutige positive Bewertung der Vorgänge verstehen.

Umstritten muß nun aber vor allem die Einstellung zum arabischen Terrorismus sein. In der Berichterstattung ist allerdings von arabischen Gewaltorganisationen (a-la-po ti pao-li tsu-chih) die Rede, die, so heißt es deutlich, nicht zu der PLO gehörten. Damit wird also der Terrorismus von der arabischen Befreiungsorganisation als zu verurteilender Extremismus abgetrennt.

Nach Pekinger Meinungsäußerungen in der geschilderten indirekten und zurückhaltenden Art blieb es der Leitfigur der heutigen chinesischen Politik, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing vorbehalten, direkt zu den Terrorismus-Ereignissen Stellung zu nehmen. In einem Gespräch mit französischen regionalen Zeitungsdirektoren erklärte er am 26.10. auf die Frage nach der Landshut-Entführung und dem Mord an Schleyer wörtlich:

"Seit jeher verurteilen wir ganz formell den Terrorismus und Operationen dieser Art. Alle diese nicht von den Volksmassen getragenen Aktionen haben nichts mit dem Marxismus-Leninismus zu tun. Das ist nicht die Revolution"(3).

Diese zwei kargen Sätze waren in dem eineinhalb-

stündigen Gespräch nur ein Punkt unter vielen. Gleichzeitig wurden das Problem etwa der langfristigen Kredite des Westens zur Finanzierung chinesischer Importe und vor allem die chinesisch-französischen Beziehungen sowie das chinesische Bestreben einer Weltallianz gegen angebliche sowjetische Kriegsgelüste diskutiert. Um so erstaunlicher muß erscheinen, daß in der chinesischen Redaktion der Bericht über dieses Gespräch auf der 1.Seite der Takungpao mit der Aufmacher-Schlagzeile gebracht wurde: "TENG HSIAO-P'ING VERURTEILT DEN TERRORISMUS, er wies darauf hin, daß Methoden der Flugzeugentführung und der Geiselnahme eine Distanzierung von den Massen bedeute und auf keinen Fall Revolution sei." Bewußt wird also dieses Gesprächsdetail an die auffälligste Stelle gerückt und zum Höhepunkt des Interviews gemacht. Im übrigen zeigt sich in der Form der neue flexible Führungsstil, der auch persönliche, freiformulierte Äußerungen zu aktuellen Tagesfragen möglich macht. Solche Freiheiten gab es früher nur für Mao Tse-tung oder in eingeschränktem Maße für Chou En-lai. Jegliche andere Äußerungen in diesem Stil klassifizierte man als internes Material, wenn sie Kadern zugänglich gemacht wurden.

Nun muß darauf hingewiesen werden, daß diese Verurteilung des Terrorismus von chinesischer Seite bereits Ende letzten Jahres in offizieller Form geschehen ist. China nahm nämlich Stellung zu dem von der Bundesrepublik eingebrachten "Entwurf einer internationalen Konvention gegen die Geiselnahme".

Vor dem 6.Ausschuß der UNO-Vollversammlung erklärte der chinesische Delegierte seinerzeit, daß China "stets gegen die abenteuerlichen Akte des Terrorismus als eines Mittels zur Durchsetzung politischer Ziele" gewesen sei. Aber die Wurzeln der Turbulenz und der Unstabilität in der heutigen Welt liegen in der Aggressions- und Kriegspolitik der Supermächte. "Wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Aggression und Krieg." Letztlich müsse man dieses Problem durch die Mobilisierung der Menschen gegen die Aggressions- und Kriegspolitik der Supermächte lösen. Grundsätzlich spricht sich China also gegen die Geiselnahme, für den Entwurf aus. Flugzeugentführung, Geiselnahme, Meuchelmord und Kidnapping seien von der chinesischen Regierung stets konsequent mißbilligt worden, "denn zahllose historische Tatsachen haben bewiesen, daß der revolutionäre Kampf ein Massenkampf ist und der Sieg nur durch Mobilisierung der Massen und durch Vertrauen auf die Massen errungen werden kann. Abenteuerliche und terroristische Akte in der Hand von Menschen könnten sich nur nachteilig auswirken" (4).

Das Problem bei der Terrorismus-Verurteilung ist für die Chinesen die Abgrenzung zur Guerillatätigkeit. Einerseits haben sich fast alle wichtigen Guerilla- und Terrorismus-Organisationen in der einen oder anderen Form auf die von Mao entwickelten Techniken des Guerillakampfes berufen. Zum anderen hat die Volksrepublik nachgewiesenermaßen die verschiedensten Befreiungsbewegungen in Südostasien, wie die philippinische "Neue Volksarmee" sowie die thailändische Volksarmee, die "Weiße Flagge" in Birma sowie in Afrika Guerillaformationen in Mocambique, Guinea-Bissau oder die angolische FNLA unterstützt. Im

Nahen Osten hat die Palästinensische Befreiungs-Organisation nachdrücklichste materielle und propagandistische Unterstützung von Peking erhalten (5). Daß der palästinensische Terrorismus in chinesischen Augen sich gegen die "israelisch-zionistische Aggression" und die beiden im Mittleren Osten um die Hegemonie ringenden Supermächte zur Wehr zu setzen hatte, ändert nichts daran, daß erst aufgrund des Terrorismus der Al-Fatah und des Schwarzen September die Legitimierung der Gewaltorganisation am 13. November 1974 statthaben konnte, als Yassir Arafat in der Reihe von Staatsoberhäuptern vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen sprechen durfte und ihm Minuten-Ovationen aus dem Plenum entgegengebracht wurden (6). Zumindest in der Praxis hat hier die chinesische Unterstützung für den Befreiungskampf der 1964 gegründeten PLO keinen Unterschied zwischen terroristischen, von den Massen gelösten Aktionen und den Kampfmaßnahmen von im Volke wie Fische schwimmenden Guerillas machen können.

Wenn man den Gründen für Pekings immer prononcierterer Verurteilung des Terrorismus nachgeht, so sind hier mehrere Motive zu unterscheiden. Einmal hat die neue Führung nach dem Sieg über die Linke Fraktion die Große Ordnung (ta-chih) auf ihr Panier geschrieben, sie baut auf größeres Vertrauen im Ausland durch Verringerung der Isolierungstendenzen. Verstärkt sollen fixierte Rechtsnormen und mehr Staatlichkeit die Verunsicherung in der Bevölkerung herabmindern und schließlich aufheben. So wirkt die Äußerung Teng Hsiao-p'ings sowohl ins westliche Ausland, z.B. als Unterstützung der internationalen Konvention gegen Geiselnahme, als auch nach innen, indem sie in den letzten Jahren des Machtkampfes durchaus übliche und spätestens seit der Kulturrevolution gefürchtete, auch das Leben betroffener Personen gefährdende Polit-Aktionen indirekt mitverurteilt. Ein weiterer Grund dürfte die einfache Tatsache sein, daß Terrorismus im Innern wie nach außen jederzeit auch die Volksrepublik treffen könnte bzw. getroffen hat. Deutsche Studenten berichten von Wandzeitungen in der Stadt Harbin der Provinz Heilungkiang, auf denen in aller Schärfe gegen "Killertrupps" (an-sha-t'uan) Stellung bezogen wurde, d.h. gegen individuellen Terror. Sowohl auf Auseinandersetzungen mit den Anhängern der Linken Fraktion, die sich auf zeitweisen Terror und auf Chaos als Mittel zur Machtübernahme angewiesen fühlten, als auch auf emotionelle Reaktionen aus dem Kreis der nationalen Minderheiten, wie Kader durchblicken ließen, die auf solche Wandzeitungen hin angesprochen wurden, läßt sich das Auftreten von solchen Killertrupps in jenen Jahren zurückführen. Von Flugzeugentführungen in terroristischer Absicht aus der Volksrepublik ist bisher nichts bekannt. Jedoch sollte man sich an die unlängst von China nach Taiwan entkommene Militärmaschine erinnern oder an den angeblichen Fluchtversuch Lin Piaos an Bord der Trident-Maschine im September 1971. Zu denken gibt auch die Ende Oktober aus Vietnam entführte Linienmaschine eines inner-vietnamesischen Fluges, wobei zwei Besatzungsmitglieder getötet, eines schwer verletzt und 36 Passagiere zunächst nach Thailand, schließlich nach Singapur entführt wurden (7). Ähnliche Anschlußprobleme wie in Singapur, wo sich ein vietnamesischer Passagier weigerte, nach Vietnam zurückzufliegen, könnten eines Tages durchaus auch auf China zukommen.

Ein Blick ist schließlich noch auf die Reaktionen

von Taiwan und dem Ostblock zu werfen. Grundsätzlich hat sich die Berichterstattung der taiwanesischen Presse kaum von der vorher geschilderten Berichterstattung in der Takungpao unterschieden, wenn man einmal technische terminologische Unterschiede beiseite läßt, wie sie auch zwischen der Bundesrepublik, der DDR oder der Schweiz und Österreich auftreten. Politisch relevant kann allein das Insistieren der taiwanesischen Medien darauf gewertet werden, daß alle Terroristen Marxisten seien (8), die Unterstützung fänden in Algerien, Libyen, der Sowjetunion, Kuba und Nordkorea. Was über die chinesischen Kommunisten berichtet wird, ist allerdings einigermaßen verwunderlich. Obwohl Peking die Terroristen noch nicht offen unterstützt hätte, so gebe man ihnen doch ganz zweifelsohne in der Praxis Unterstützung und Ermunterung. Im wesentlichen hält also Taiwans Presse aus propagandistischen Gründen an der Weltverschwörung des Kommunismus fest, der auch den Terrorismus steuere und in der Peking naturgemäß eine zentrale Rolle spiele.

In der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern hingegen hat längst eine noch deutlichere Absatzbewegung von verbaler Unterstützung für Terrorismusakte eingesetzt, als das jetzt für China zu registrieren ist. Während zu Beginn der Schleyer-Entführung in ersten Kommentaren aus Prag noch schadenfroh betont wurde, dieser Kapitalist verdiene kein Mitleid, da ihm das Los der Millionen Arbeitslosen in Westeuropa gleichgültig gewesen sei (9), legte man bald großen Wert darauf, sich vom aktuellen Terrorismus in der Bundesrepublik zu distanzieren. Sowohl in Moskau als auch in Ost-Berlin wurde das Argument in den Vordergrund gestellt, Kommunistische Parteien hätten schon seit Lenins Zeiten den individuellen Terror als Waffe im Klassenkampf für unbrauchbar erklärt. Auch die Sowjetunion hat allerdings wie China trotz solcher Grundeinstellung verbale Schwierigkeiten, weil Terrorakte der PLO oft totgeschwiegen oder bagatellisiert wurden und man nicht zuletzt zum Sechzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution Taten aus der "Dynamit-Dekade", Anschläge russischer Attentäter am Ende des vorigen Jahrhunderts gegen die Zaren, als Heldentaten pries.

Während trotz des begrüßenswerten neuen Realismus der geintenen chinesischen Führung der Sinneswandel Pekings, den wir oben dokumentierten, für die vor allem betroffenen westlichen Industriestaaten kaum mehr als ein positives Zeichen irgendwo am Horizont sein kann, ist die japanische Einstellung zum Terrorismus bzw. das Handeln der Regierung in Tokyo umstritten gewesen.

*

Gerade in Japan nämlich hat der Erfolg von Mogadischu die Kritik an der schwächlichen Haltung der Regierung Takeo Fukuda wieder angeheizt, die hier und dort schon nach Freilassung der japanischen Terroristen unter dem Druck der Entführer von Dacca aufgeflammt war. Japanische Bürger, die den deutschen Erfolg spontan feierten, prägten die "öffentliche Meinung", wenn sie ihren Zorn gegen die Regierung kehrten - auf dezente Weise sekundiert von dem ehemaligen Justizminister Fukuda, der aus Protest gegen die allzu bereitwillig nachgiebige Haltung der Regierung zurückgetreten war: Das Kabinett hatte sein "Gesicht verloren".

Die "veröffentlichte Meinung", repräsentiert von

Journalisten der großen japanischen Tageszeitungen, beeilte sich, der Regierung zur Seite zu stehen, denn gerade sie hatten massiv das Kabinett zu raschem Nachgeben gegenüber den Geiselnern von Dacca gedrängt, und nun sahen sie sich als falsche Ratgeber bloßgestellt.

Schließlich reagierten auch Vertreter einer dritten Gruppe, die wie Journalisten - und ihnen verwandt - in der japanischen Gesellschaft ein hohes Sozialprestige genießen, verwirrt und geradezu neurotisch: Beamtete Intellektuelle an den Universitäten.

Während das Kabinett durch Ministerpräsident Fukuda gleich nach der Geiselfreiung der Bundesrepublik ausdrücklich Anerkennung zollte - aber gleichzeitig betonte, daß eine ähnliche Aktion für Japan nicht in Frage komme, - während japanische Bürger die Ereignisse von Mogadischu wie einen spannenden Film genossen, suchten Journalisten und einige Intellektuelle, ihr "Gesicht" wiederzugewinnen, indem sie jenem anderen - der Bundesrepublik - das Gesicht, die Maske, abzureißen suchten. In professoralen Leserbriefen und ziselierten Leitartikeln verlagerte sich die Diskussion in der japanischen Massenpresse von dem Problem der Luftpiraterie auf das Scheinproblem eines deutschen "Neo-Nazismus" (10).

Schon vor dem Geiseldrama in Mogadischu hatte die Asahi Shimbun in Deutschland den sogenannten "Hitler-Boom" ausgemacht und genüßliche Leitartikel veröffentlicht (11). Jetzt wurde über den, betont in Anführungsstriche gesetzten "Erfolg" von Mogadischu der "Spezial-Geheim-Einheit" GSG 9 (12) vor einem Wiederaufleben des deutschen Faschismus gewarnt; wiederum die Asahi Shimbun erklomm einen Gipfel der Geschmacklosigkeit, indem sie eine Karikatur abdruckte, in der eine Doppelfigur die Gleichung von "Sondereinheit" GSG 9 und "Neo-Nazismus" suggerierte (s.Abb.1). Wie unlauter diese Besorgnis ist, läßt eine andere Karikatur ahnen, die einen Tag zuvor erschienen war: Schießwütige teutonische Sicherheitsbeamte lassen ängstliche Fluggäste von der Lufthansa weg zur JAL strömen - bessere Geschäfte aus einem internationalen Problem (s.Abb.2).

Diese unlautere Haltung der japanischen Presse ist um so kritischer zu bewerten, als die emsige Lektüre einer oder mehrerer großer Tageszeitungen für die meisten Japaner - neben den Fernsehprogrammen - einzige Informationsquelle über das Ausland ist, da für die Mehrzahl der Japaner Reisen in fremde Länder unerschwinglich sind; Bemühungen um näherungsweise Objektivität sollten daher für japanische Journalisten selbstverständlich sein. Stattdessen aber hat sich die Pressearistokratie der "Großen Fünf" (Asahi, Yomiuri, Mainichi, Sankei, Nikkei) mit Firmenwagen und Spesenkonto komfortabel als Teil des Establishments mit besten Kontakten zur Regierung eingerichtet; eine Zensur findet nicht statt, sondern man "arrangiert" sich mit Kollegen der anderen Blätter, bestimmte Themen nicht oder in bestimmter Weise (13) aufzugreifen. Wer es als Journalist geschafft hat, aus den Vorlesungen marxistischer Historiker und Sozialwissenschaftler, die 60% der japanischen Hochschullehrer stellen (14), an eine der großen Tageszeitungen zu kommen, hat wirtschaftlich gesorgt, muß aber notwendigerweise die Ideale seiner Studienzeit verraten; er kompensiert das einerseits mit einem überschwenglichen Amerikabild und andererseits - wenn sich die Gelegenheit ergibt - durch Scheinanalysen im marxistischen Jargon über Länder, wie etwa jetzt die Bundesrepublik, die er nie wirklich gesehen hat.

社会戯評

横山英三



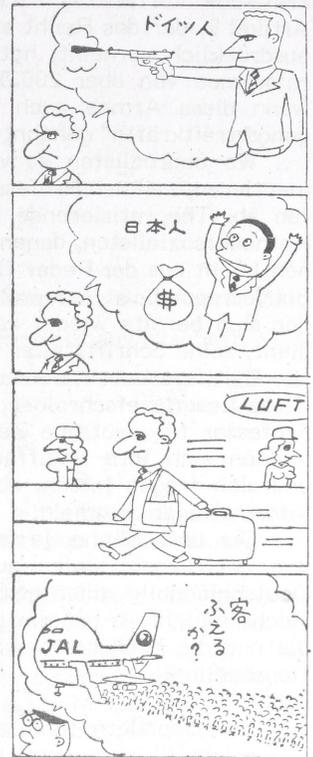
歴史

Abb.1: ↑
"Spezialeinheit" -
"Neo-Nazismus"
und "Befürchtung".
(AS, 20.10.1977)

Abb.2: →
(Ein Fluggast denkt:)
Bild 1: "Ein Deutscher".
Bild 2: "Ein Japaner".
Bild 4: "Gibt es mehr Fluggäste?"
(AS, 19.10.1977)

フジ三太郎

サトウ サンペイ



Es sind die Journalisten der Tagespresse, die unermülich Klischees wiederholen oder neue prägen; das importierte Klischee eines "Neo-Nazismus" in der Bundesrepublik findet seine Weiterentwicklung in den beiden jetzt häufig wiederholten Behauptungen, die "Japaner achteten als Buddhisten das menschliche Leben höher als die Deutschen" und "Japan habe in seiner fortschrittlichen Friedensverfassung auf militärische Gewalt verzichtet" (15). Beide Aussagen sind schlicht falsch. Zum einen hat die japanische Polizei bei mehreren vorangegangenen Geiseldramen in Japan bedenkenlos Gewalt angewendet und das Leben der Geiseln gefährdet (16), zum anderen sind noch heute in Korea, auf den Philippinen, in China und in anderen Ländern, die Opfer japanischer Expansion waren, Erinnerungen an die Greuelthaten sanftmütiger japanischer Buddhisten lebendig. Jener Leutnant Onoda, der 1974, wie vor ihm andere "Soldaten des Tenno", als Gespenst der Vergangenheit aus dem philippinischen Dschungel auftauchte, ist ein Mörder, der mehrere Philippinos auf dem Gewissen hat (17): Seine Behauptung, er wisse dreißig Jahre nach der japanischen Kapitulation nicht, daß der Krieg zu Ende sei, rettete ihn (unter den politischen Opportunitäten) vor einem philippinischen Militärgericht und machte ihn in Japan zum Helden; das Denkmal errichteten ihm die großen japanischen Tageszeitungen. Auch hier die zynische Selbstverständlichkeit, mit der japanische Journalisten die jetzt beschworene buddhistische Achtung vor dem menschlichen Leben vergessen, wenn es darum geht, einen "Helden" zu ehren, der scheinbar japanische Soldatentugend verkörperte.

Was nun die "Friedensverfassung" angeht, die jetzt von Japans Presse so hervorgehoben wird: Sie

wurde von Mitarbeitern der amerikanischen Besatzungsmacht geschrieben, nachdem sich die Japaner als unfähig, bzw. unwillig gezeigt hatten, eine demokratische Verfassung zu entwerfen. Der berühmte Artikel 9, der das Recht auf Kriegsführung für Japan ausdrücklich verneint, hat die Aufstellung einer Berufsarmee von über 200.000 Mann nicht verhindert, wenn diese Armee auch verschämt "Selbstverteidigungstreitkräfte" genannt wird.

Wo Journalisten es vermieden, direkt zu kommentieren, nahmen Professoren es ihnen in Leserbriefen ab. Theoretisierende Mächtigen-Revolutionäre, Kathedersozialisten, denen marxistische Wortschablonen leicht aus der Feder fließen, charakterisieren die Bundesrepublik als skrupellosen Law-and-Order-Staat, der sich bereits wieder faschistischer Methoden bedient, seine Schriftsteller unterdrückt und mit brutalen Berufsverboten aufrechte Demokraten knebelt. Diese Leserbriefschreiber, unter denen sich auch ein Professor für deutsche Zeitgeschichte befindet (18), müssen sich ihre undifferenzierte Kritik vorhalten und sich fragen lassen, ob sie sorgfältig genug ihre Informationen sammeln.

Die unsachliche, ja falsche Berichterstattung in den Zeitungen, wie auch das undifferenzierte Deutschlandbild einer ganzen Reihe von japanischen Hochschullehrern hat einige Gründe, die tiefer liegen als nur die höchst subjektive Auswahl der Informationsquellen:

1. Den Japanern fehlt als Inselnation das "Grenzerlebnis" zum unmittelbar benachbarten Ausland; die natürliche Begrenzung ihres Landes ist das Meer, sie können durch ihr Land reisen, ohne das "Schlagbaum-Syndrom" zu erleben. Die insulare Isolation wurde dreihundert Jahre lang noch durch eine konsequente Abschließungspolitik verstärkt. Daraus folgt eine Ich-Bezogenheit vieler Japaner, die sich beispielsweise darin ausdrückt, daß in einer neuesten Umfrage nur 21 Prozent für internationale Zusammenarbeit bei der Terroristen-Bekämpfung waren (19).
2. Es ist für die weitaus meisten Japaner unmöglich, ins Ausland zu reisen und eigene Erfahrungen zu sammeln; wenn sie aber reisen, so gewährleistet die Reisegruppe japanisches Milieu und erschwert den persönlichen Kontakt mit Ausländern - soweit er überhaupt gesucht wird.
3. Schließlich werden Klischees ständig reproduziert, da die relativ unzureichend informierten und selbst mit vorgefaßten Meinungen, bzw. Theorien belasteten Professoren und Journalisten als Multiplikatoren nicht zur Korrektur von Vorurteilen beitragen, die sie selbst geschaffen haben.

Noch immer herrscht aufgrund der japanischen nationalen Ich-Bezogenheit die Ansicht vor, der Terrorismus sei am besten zu bekämpfen, wenn man ihn aus Japan fernhält - ein anderes wesentliches Motiv für die schnelle Freilassung japanischer Terroristen; wohin sie danach gehen und was sie tun, ist dann oftmals kein Gegenstand der Überlegung mehr. Auch die Maßnahmen, welche die japanische Regierung jetzt zum Schutz gegen Terroristen trifft, - Umtausch von Reisepässen, schärfere Sicherheitskontrollen, ein verschärftes Strafrecht (einschließlich der Todesstrafe) u.ä., - dienen in erster Linie einer Abschottung Japans und lassen weitgehend die Tatsache außer acht, daß der Terrorismus inzwischen inter-

national operiert; auch Japan aber wird diese Lektion noch lernen müssen.

Anmerkungen

- 1) Der Analyse liegen Hongkongs Takungpao vom 19., 20., 26. und 27. Oktober zugrunde.
- 2) Es ist hin und wieder von der westdeutschen Roten Armee, hsi-te ch'ih-chün, als Bezeichnung für die RAF, die Rede. Hier wird für Rot ein anderer Ausdruck gewählt, als das normale, mit positiven Obertönen besetzte hung-chün. Der für die Terroristen benutzte Ausdruck entspricht den Zeichen nach dem Ausdruck rengo sekigun für Japans Terroristen der Vereinigten Roten Armee Fraktion.
- 3) Chin. wörtlich in Takungpao, 27.10., vergl. dazu vor allem AFP, Peking, 26.10., NZZ, 28.10. und SWB, 27.10.1977.
- 4) NCNA, 2.12.76, vergl. auch C.a. Januar 1977, Ü 1, S.713.
- 5) Vergl. z.B. Oskar Weggel, Die Außenpolitik der VR China, Stuttgart 1977, S.57f.
- 6) Vergl. Franz Wördemann, Terrorismus, Motive, Täter, Strategien, München 1977, Kapitel V, über palästinensischen Terrorismus, Seite 229-266.
- 7) Vgl. z.B. Newsweek, 7.11.77.
- 8) Vgl. z.B. United Daily News (lien-he-pao) vom 26.10.77.
- 9) Vgl. Deutsche Welle, Man. 28.9.77, Der Ostblock und der Terrorismus.
- 10) Asahi Shimbun (AS), 18.10.77
- 11) AS, 19.10.77
- 12) AS, 20.10.77
- 13) Vgl. dazu G.Hielscher, The Japanese Press - Impressions on Political Reporting, in: Asahi Evening News, 1., 2.7.1976
- 14) Der Politikwissenschaftler Eto Shinkichi in einem "Spiegel"-Interview, Der Spiegel, Nr.43, 17.10.77
- 15) AS, 21.10.77
- 16) Time, 13.3.1972 und Süddeutsche Zeitung, 28.10.77
- 17) Newsweek, 25.11.1974, p.22, Der Spiegel, Nr.12, 18.3.74
- 18) AS, 18.10.77 und AS, 21.10.77
- 19) AS, 1.11.77